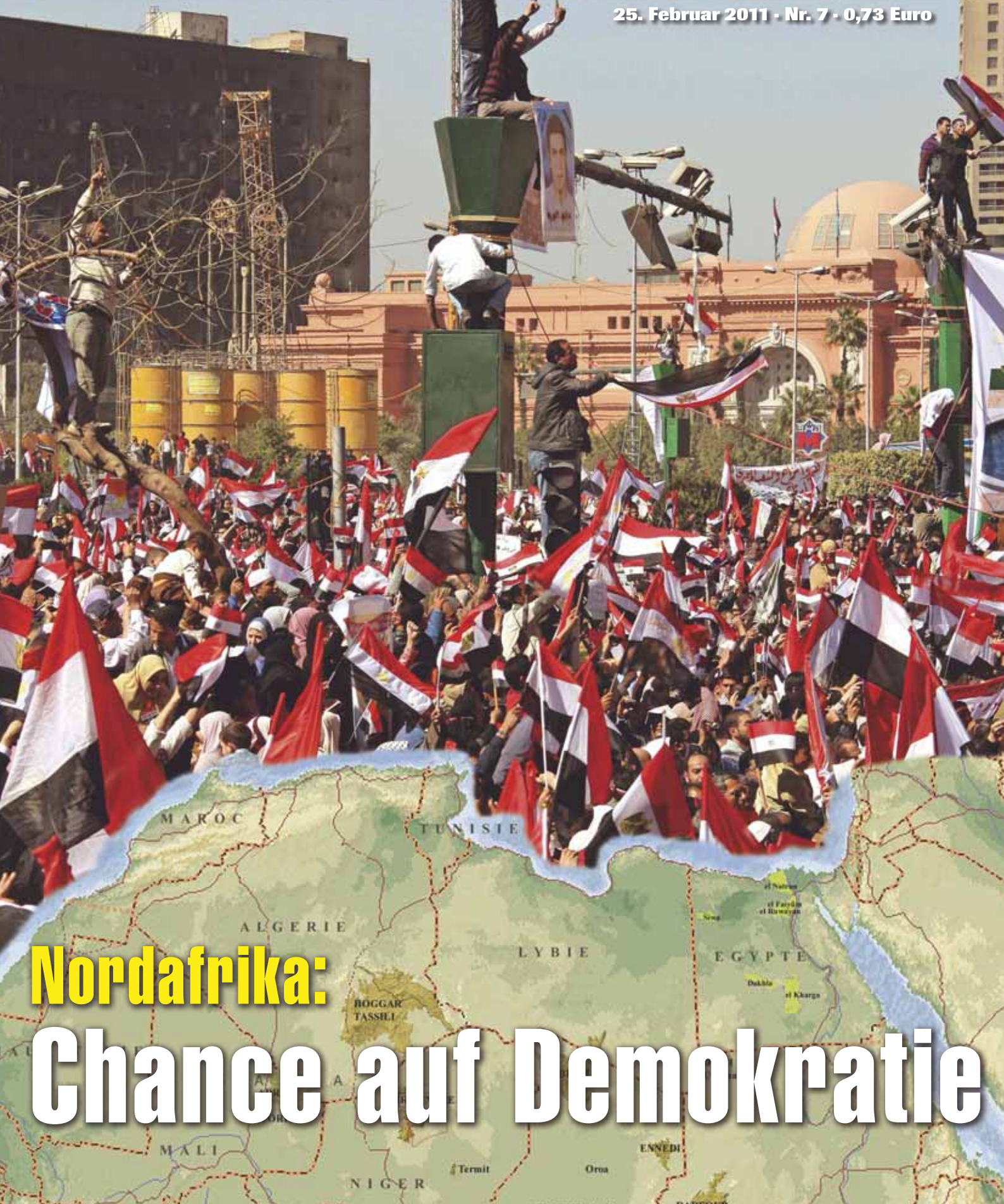


Das Wochenmagazin der SPÖ - www.spoe.at

SPÖ

Aktuell

25. Februar 2011 - Nr. 7 - 0,73 Euro



Nordafrika:

Chance auf Demokratie

In der arabischen Welt wird derzeit Geschichte geschrieben. Der Umbruch und die immer stärker werdende Demokratie-Bewegung geben Hoffnung auf einen Systemwechsel. Für die SPÖ ist klar: Der demokratische Wandel muss gewaltfrei erfolgen, das Blutvergießen in Libyen sofort beendet werden.

Das neue Jahr ist zwar erst ein paar Wochen alt, die Regierung Faymann kann aber bereits zahlreiche wichtige Einigungen vorweisen. Die Beschlüsse zur Rot-Weiß-Rot-Karte, zum Maßnahmenpaket gegen Sozialdumping, zum Fremdenrecht sowie zur Vorratsdatenspeicherung beweisen, dass die Regierung gut und konstruktiv im Sinne Österreichs zusammenarbeitet. Die im letzten Ministerrat präsentierten Einigungen sind Meilensteine, die für die Zukunft Österreichs von entscheidender Bedeutung sind. Die Rot-Weiß-Rot-Karte stellt die Zuwanderung auf völlig neue Beine. Die Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping machen Österreich fit für die anstehende Arbeitsmarkttöffnung. Und die Änderungen im Fremdenrecht sorgen für raschere und bessere Asylverfahren und einen menschenwürdigen Umgang mit Schutzsuchenden.

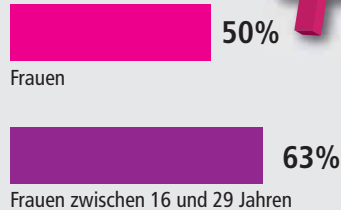
Eure Redaktion

Highlights der Woche

Rot-Weiß-Rot-Karte	4
Libyen	6
Jugend gegen Wehrpflicht	7
Verkehrssicherheit	9
Kreisky-Serie:	
Der Austro-Keynesianismus	10
„Österreich 2020“-Kommentar von Gisela Wurm zu Frauenquoten	14

THEMEN DER WOCHE

Für Frauenquoten



Breite Zustimmung für Frauenquoten

Die Pläne von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, wonach es in Aufsichtsräten einen verpflichtenden 40-prozentigen Frauenanteil geben soll, stoßen auf breite Zustimmung. Rund zwei Drittel der jungen Frauen sprechen sich für Quoten aus und erhoffen sich dadurch gerechtere Aufstiegschancen in den Betrieben. ♦

Weingartner



Eine Intensivierung des europäischen Klimaschutzes könnte Millionen Jobs bringen.

Klimaschutz als Jobmotor

Laut einer Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung könnten durch eine Anhebung des EU-Klimaschutzziels von 20 auf 30 Prozent weniger CO₂-Ausstoß für das Jahr 2020 sechs Millionen neue Jobs entstehen. SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr sieht sich bestätigt: „Einmal mehr stellt sich heraus: Klimaschutz ist ein wahrer Jobmotor.“ ♦



Zimmer

SPÖ-Europaparlamentarier Hannes Swoboda kritisiert grobe Mängel der europäischen Roma-Politik.

Swoboda fordert Neu-Ausrichtung der Roma-Politik

Hannes Swoboda hat in seiner Funktion als Vorsitzender der Roma-Task-Force der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament das Roma-Ghetto in der rumänischen Hauptstadt Bukarest besucht. „Was wir hier, inmitten einer europäischen Hauptstadt, gesehen haben, ist skandalös“, so Swoboda, der eine Neuausrichtung der europäischen Roma-Politik fordert. Auch viele Nicht-Roma sind von katastrophalen Wohnbedingungen – wie häufige Stromsperren, Mangel an Heizung und Fließwasser – betroffen. ♦

Zitat der Woche

„Ich appelliere im Sinne der Menschlichkeit, aber auch im Namen der zahlreichen Staatsbürger aus Österreich und aus anderen europäischen Nationen, die sich in Libyen aufhalten, das Blutvergießen augenblicklich zu beenden.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Faymann lobt Zusammenarbeit in der Koalition

Die Koalition kann schon in den ersten Wochen des Jahres 2011 eine ganze Reihe wichtiger Regierungsbeschlüsse vorweisen – für Bundeskanzler Werner Faymann Beleg für die gute Zusammenarbeit im Regierungsteam.

Ob Fremdenrecht, Rot-Weiß-Rot-Karte, ein Paket gegen Lohn- und Sozialdumping oder Vorratsdatenspeicherung – die Koalition hat sich, nach durchaus kontroversiellen Diskussionen, nun in diesen wichtigen Fragen geeinigt und damit gezeigt, dass sie „das Gemeinsame vor das Trennende stellt“, wie Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Ministerrat betonte. Auch wenn eine Koalition aus zwei unterschiedlichen Parteien mit unterschiedlichen Standpunkten besteht – durch

die gute Zusammenarbeit gelingen auch bei solch schwierigen Materien „herzeigbare Ergebnisse“. „Bei gutem Willen ist das möglich und dieser gute Wille ist da“, so der Bundeskanzler. Die sozialdemokratische Handschrift wird jedenfalls bei den neuen Regierungsbeschlüssen sichtbar: „Sie bringen einerseits klare Regeln und Sicherheit und stärken Arbeitnehmerrechte, gleichzeitig gibt es Rechtsschutz für die Betroffenen und Maßnahmen gegen Missbrauch“, so der Kanzler. ♦



HBf/Wenzel

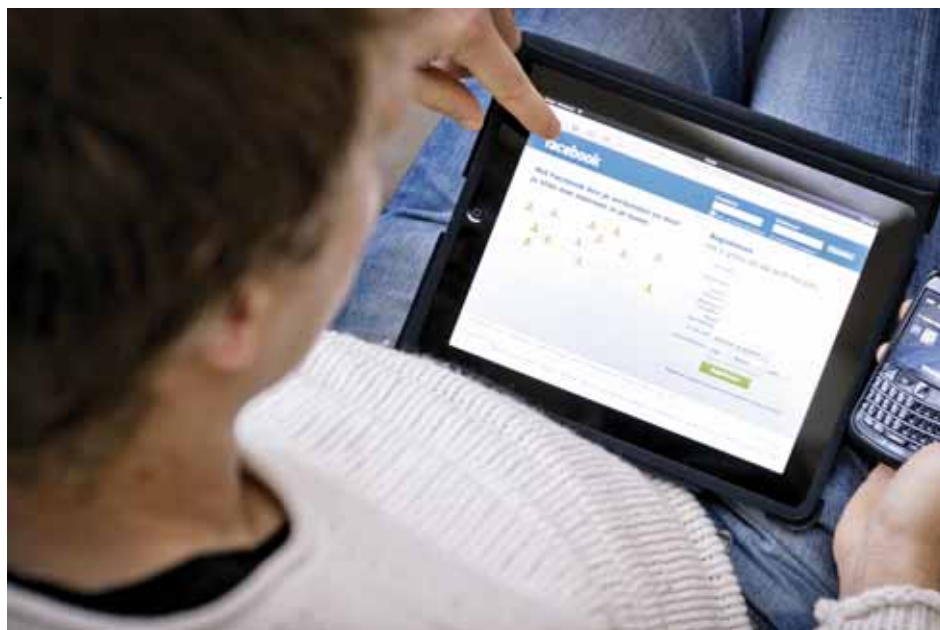
Guter Regierungs-Start ins Jahr 2011 (Bundeskanzler Werner Faymann)



Generation Mitbestimmung

Die Bilder von jungen Menschen, die in Nordafrika für Freiheit und Demokratie auf die Straße gehen und dabei ihr Leben riskieren, gehen seit Wochen um die Welt. Auch in Österreich zeigt sich die Jugend alles andere als „politikverdrossen“.

picturedesk



15.000 junge Menschen fanden sich spontan und binnen weniger Tage auf Facebook zusammen, um ihren Einsatz gegen die Wehrpflicht zu demonstrieren.

Seit vielen Jahren wird den Jungen pauschal unterstellt, sich zu wenig für Politik zu interessieren. Politische Beobachter, Meinungsforscher, die Wissenschaft und viele Medien zeichnen das Bild einer politikverdrossenen Jugend, die Engagement für vergeblich hält. Der Politik selbst wird unterstellt, sich nicht um die Jungen zu kümmern und kein Rezept dafür zu haben, wie man das Interesse für politische Zusammenhänge wecken könnte.

Dieses Lamento ist so falsch wie Jahrtausende alt. Schon die griechischen Philosophen wussten über die Jugend ihrer Zeit nur das Schlechteste zu berichten. Von Aristoteles ist folgendes Zitat überliefert: „Ich habe überhaupt keine Hoffnung mehr in die Zukunft unseres Landes, wenn einmal unsere Jugend die Männer von morgen stellt. Unsere Jugend ist unerträglich, unverantwortlich und entsetzlich anzusehen.“

Besonders in diesen Wochen sollte den meisten Nörglern klar geworden sein, dass die jungen Menschen sehr wohl bereit sind, für ihre Ideale und Überzeugungen zu kämpfen. Besonders eindrucksvoll zeigt sich das bei den revolutionären Aufständen in Nordafrika. Es waren die Jungen, die den Rückzug des ägyptischen Despoten Hosni Mubarak mit ihrem beharrlichen Protest erzwungen haben.

Praktisch alle Proteste, die derzeit die Welt in Atem halten, gehen von der jüngeren Generation aus. Sie kämpfen für Freiheit und Demokratie, für universelle Menschenrechte, politische Teilhabe und ihre ganz persönlichen Chancen. Sie tauschen sich über moderne Medien wie Facebook und Twitter aus, die sie schneller anwenden, als die Herrschenden sie begreifen können.

Ein direkter Vergleich verbietet sich, die Protestierenden in Nordafrika bezahlen zum Teil mit ihrem Leben. Aber auch in Öster-

„Es ist den Jungen zu wenig, einfach alle paar Jahre ein Kreuz auf dem Wahlzettel zu machen und dazwischen den Mund zu halten. Völlig zu recht.“

reich drängen junge Menschen auf eine Veränderung der Politik. 15.000 junge Menschen fanden sich spontan und binnen weniger Tage auf Facebook zusammen, um ihren Einsatz gegen die Wehrpflicht zu demonstrieren. Während sich die „etablierten Medien“ und „Standesvertreter“ laufend mit dem Verhältnis von Politik und Medien beschäftigen – ein für Menschen außerhalb der politischen Kaste so unspannendes Thema wie der Pappelwuchs in Texas – diskutieren die Jungen von der Großraumdisco bis zum Internet über die Zukunft der Wehrpflicht. Und ob man sie zwingen darf, sechs Monate lang sinnlose Tätigkeiten zu verrichten.

Politisches Interesse bedeutet Neugier, Zuwendung, Aufmerksamkeit und Wachheit gegenüber politischen Angelegenheiten.

Es ist den Jungen zu wenig, einfach alle paar Jahre ein Kreuz auf dem Wahlzettel zu machen und dazwischen den Mund zu halten. Völlig zu recht. Keine Diktatur der Welt kann sie in ihrem Informationshunger aufhalten. Jede Generation hat ihre Ziele und ihre Wege, ihre Vorstellungen zu verwirklichen – einen tut sie, dass sie nicht bevormundet werden wollen.

Manche politischen Szenen werden sich Neues einfallen lassen müssen, um den Anschluss nicht zu verlieren. Abseits der ausgetretenen Pfade wird längst Politik gemacht. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



ROT-WEISS-ROT-KARTE

Qualifizierte Zuwanderung

Mit dem Regierungsbeschluss zur Rot-Weiß-Rot-Karte, dem Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping und Änderungen im Fremdenrecht sind der SPÖ-geführten Bundesregierung Meilensteine für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte, für Ordnung und Sicherheit gelungen.



Fotolia

Mit der Rot-Weiß-Rot-Karte wird die Zuwanderung nach Österreich auf neue Beine gestellt. Sie wird sich an den Bedürfnissen unseres Arbeitsmarktes orientieren.

Die Rot-Weiß-Rot-Karte (kurz: RWR-Karte) bringt ein neues, kriteriengeleitetes Zuwanderungssystem für qualifizierte Arbeitskräfte auf Basis eines Punktesystems. Die Erläuterung des neuen Systems klingt kompliziert, dahinter steht aber ein ebenso logischer wie sinnvoller Gedanke: Österreich schaut sich nach jenen Arbeitskräften um, die im Inland nicht vorhanden sind. Hochqualifizierte, Schlüsselkräfte und Arbeitskräfte in Mangelberufen können so gezielt angeworben werden. Somit können Lücken am österreichischen Arbeitsmarkt geschlossen werden, ohne dabei die Situation am Arbeitsmarkt zu verschärfen oder österreichische Arbeitnehmer unter Druck zu bringen. Grundsätzlich gilt, dass in jedem Fall Vorrang für in Österreich lebende Arbeit-

nehmer besteht. „Dieses Ergebnis ist herzeigbar“, es bringt „klare Vorgaben, an die man sich zu halten hat und gleichzeitig Schutz für jene, die zu schützen sind“, unterstrich Bundeskanzler Werner Faymann die Bedeutung der Einigung.

Integration und Wirtschaftswachstum

Die Rot-Weiß-Rot-Karte kann noch mehr. „Ziele sind bessere Qualifikation der Zuwandernden, höheres Wirtschaftswachstum und raschere Integration“, erläutert Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Wirtschaftlich gesehen macht das neue Zuwanderungsmodell Sinn, weil damit dem Fachkräftemangel wirksam vorgebeugt werden kann. Zuwanderung wird sich

„Mit dem umfangreichen Paket an Einigungen wird ein Meilenstein für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte, für Ordnung und Sicherheit gesetzt.“

Bundeskanzler Werner Faymann

künftig an den Bedürfnissen unseres Arbeitsmarktes orientieren. Durch das mit der Rot-Weiß-Rot-Karte verbundene Punktesystem wird auch die Integration erleichtert. Schließlich gibt es für Sprachkenntnisse Punkte. Und Sprache ist bekanntlich der Schlüssel zu gelungener Integration. Auch für Familienangehörige von Schlüsselkräften, die nach Österreich nachziehen, gilt künftig: Deutsch vor Zu-

nach klaren Kriterien

„Österreich braucht qualifizierte Zuwanderer, wobei der in Österreich lebende Arbeitnehmer Vorrang hat.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

zug. Anfänglich geht es dabei um einfachste Deutschkenntnisse. Im Laufe ihres Aufenthalts sollen sie kontinuierlich ausgebaut werden. Nach fünf Jahren muss der Alltag sprachlich selbstständig bewältigt werden können, nur so ist ein andauernder Aufenthalt in Österreich möglich.

Österreich braucht qualifizierte Zuwanderer

Dass sich Österreich am internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe beteiligen muss, steht außer Frage. Demografen warnen nämlich davor, dass der Rückgang an Menschen im erwerbsfähigen Alter in den nächsten zehn bis 15 Jahren zu einem Arbeits- und Fachkräftemangel führen wird. Damit wird auch das Sozialsystem unter Druck geraten. Die RWR-Karte ist die Antwort auf diese Entwicklung. Als besonders positiv wertet SPÖ-Klubobmann Josef Cap die Neuerung, dass ausländischen Absolventen von österreichischen Universitäten und Fachhochschulen eine Option auf Beschäftigung in Österreich eröffnet wird. „Jetzt können wir die Ausbildung, die wir finanzieren, auch endlich für Österreich nutzen“, so Cap.

Arbeitsmarkttöffnung – Österreich ist vorbereitet

Am 1. Mai öffnet Österreich als eines der letzten EU-Länder seinen Arbeitsmarkt für Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen. Von Seiten der SPÖ-geführten Bundesregierung wurde dieser Schritt gut vorbereitet. Pünktlich zur Arbeitsmarkttöffnung werden Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping in Kraft treten, um das österreichische Lohnniveau und unsere hohen Standards in Sachen Arbeitsbedingungen zu schützen. „Einer Nivellierung des Lohnniveaus nach unten wird ein Riegel vorge-schoben. Mit dieser Neuregelung ist Österreich eines der führenden Länder bei der



Sozialminister Rudolf Hundstorfer: Das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping ist ein Meilenstein im Kampf gegen Sozialbetrug.

Sicherung von Arbeitnehmerrechten“, so Sozialminister Hundstorfer. Mit einem Ansturm ausländischer Arbeitskräfte ist nicht zu rechnen. Das renommierte Wirtschaftsforschungsinstitut rechnet mit 15.000 bis 25.000 arbeitswilligen Personen, die nach Österreich kommen werden, um hier ihr Glück zu versuchen.

Harte Strafen

Denjenigen Arbeitgebern, die sich nicht an die österreichischen Spielregeln halten wollen, drohen harte Strafen. Der vorliegende Gesetzesentwurf schreibt Kontrollen des Mindestentgelts und Sanktionen bei Unterentlohnung durch den Arbeitgeber vor. Mit Verwaltungsstrafen und Entgelt-nachzahlungen ist das österreichische Lohnniveau gut geschützt. Für regulär arbeitende Unternehmen bestehen faire Konkurrenzbedingungen. „Das Gesetz schützt sowohl österreichische Arbeitnehmer als auch Beschäftigte, die zu uns kommen. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Lohn- und sozialrechtliche Ansprüche zu umgehen, ist kein Kavaliersdelikt und muss entsprechend hart sanktioniert werden“, so der Sozialminister. Die Strafen betragen 1.000 bis 50.000 Euro. Bei wiederholter Bestrafung oder bei gravierenden Verstößen

wegen Unterentlohnung wird dem ausländischen Arbeitgeber die Dienstleistung in Österreich untersagt.

Änderungen im Fremdenrecht

Nach harten Verhandlungen konnte man sich mit dem Koalitionspartner auch auf wichtige Änderungen im Fremdenrecht einigen. Hierbei war es erklärtes Ziel, für raschere und bessere Asylverfahren zu sorgen, um für die Betroffenen ehestmöglich Klarheit zu schaffen und Rechtssicherheit zu erlangen. Ein wichtiger Beitrag hierzu ist die Mitwirkungspflicht. Sie verpflichtet den Asylsuchenden dazu, sich an seinem Asylverfahren zu beteiligen. Für das Vorbringen der Gründe für den Asylantrag, die Feststellung des Gesundheitszustandes und das Vorlegen der notwendigen Dokumente muss ersich fünf Tage zur Verfügung halten. Die Behörden sind im Gegenzug angehalten, die Verfahren ohne Aufschub zu bearbeiten.

Bundesamt für Asyl und Migration kommt

Mit dem Bundesamt für Asyl und Migration wird eine langjährige SPÖ-Forderung erfüllt. Für die SPÖ ist eine Verbesserung des Vollzuges des Fremdenrechts ein zentrales Anliegen. Derzeit sind über 100 Behörden im Asylbereich zuständig. Die SPÖ konnte durchsetzen, dass ein Bundesamt für Asyl und Migration gegründet wird. So sollen die zersplitterten Kompetenzen zusammengefasst und der Vollzug des Fremdenrechts effizienter und rascher gestaltet werden.

Kinder bleiben bei ihrer Familie

Bei der Neuregelung der Schubhaft ist es der SPÖ gelungen, dem Paket einige Giftzähne zu ziehen. „Für uns war entscheidend, dass Kinder im Falle einer Abschiebung bei ihren Eltern bleiben können. Hier haben wir uns klar durchgesetzt“, so SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger. Bei Familien mit Kindern wird im Falle einer Abschiebung das gelindere Mittel angewendet, sie werden in einer kindgerechten Unterkunft untergebracht. Mit dieser Regelung wird exakt den Bestimmungen einer EU-Richtlinie entsprochen. ♦

LIBYEN

Demokratischen Wandel unterstützen

In Libyen werden Proteste gegen das Regime von Muammar Gaddafi brutal niedergeschlagen. Bundeskanzler Werner Faymann verurteilt, dass Menschen in Libyen für freie Meinungsäußerung mit dem Leben bezahlen müssen.

Der Bundeskanzler erinnert angesichts der Berichte über die große Zahl von Todesopfern bei den Protesten der Libyer gegen das Regime von Muammar Gaddafi, dass die Regierung des Landes für ihr Volk und auch für „die Sicherheit von tausenden Bürgern anderer Länder“, die sich dort aufhalten, Verantwortung trage. „Es ist aus tiefstem Herzen zu verurteilen, wenn Menschen für freie Meinungsäußerung mit ihrem Leben bezahlen müssen“, so Faymann.

Hilfe für Österreicher in Libyen

„Für uns ist es vor allem notwendig, den Österreicherinnen und Österreichern zur Seite zu stehen. Austrian Airlines und das Bundesheer helfen dabei, dass Österreicher und EU-Bürger das Land so schnell wie möglich verlassen können“, so der Kanzler.

Die EU müsse gemeinsam auftreten und aufgrund der „bedrohlichen Entwicklung“ rasch Maßnahmen ergreifen: Gewalt gegen die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverletzungen seien scharf zu verurteilen. Um große Flüchtlingsströme zu verhindern, müsse Europa dringend in den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Aufbau dieser Region im Sinne der Menschen investieren, so Faymann.

Finanzstaatssekretär und Vorsitzender der außenpolitischen Koordinierung der SPÖ Andreas Schieder appelliert an die Machthaber und die militärische Führung in den von Bürgerprotesten betroffenen Ländern, die Demonstrationen friedlich und ohne Gewalt zu ermöglichen. Einen gewaltfreien Wandel und außerdem eine eindeutige Positionierung der EU zu Libyen fordert auch SPÖ-EU-Abgeordneter und Vizepräsident der S&D-Fraktion Hannes Swoboda. ♦



APA/picturedesk

Die Demokratiebewegung im arabischen Raum muss unterstützt werden.

VORRATSDATENSPEICHERUNG

Maximaler Rechtsschutz gesichert

Die Regierung hat die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Infrastrukturministerin Doris Bures hat durchgesetzt, dass die Daten kürzestmöglich gespeichert werden und der Datenschutz gesichert ist.

Fotolia



Die von Infrastrukturministerin Doris Bures durchgesetzte Regelung sichert maximalen Datenschutz, Rechtsschutz und die Wahrung von Grundrechten.

Die Richtlinie sieht vor, dass Behörden künftig bei Verdacht auf eine schwere Straftat feststellen können, wer, mit wem, wie lange, wo kommuniziert hat und welche Internet-Seiten

er oder sie besucht hat. Gespeichert werden die Daten aller Teilnehmer, ohne konkreten Tatverdacht – eben auf Vorrat. Wichtig: Die Kommunikationsinhalte werden nicht gespeichert. Bundeskanzler Werner Faymann betont, dass die Umsetzung der Richtlinie einerseits der Terrorismusbekämpfung dient, andererseits auch den Datenschutz gewährleistet.

Mindestumsetzung in Österreich

Die Vorratsdaten werden in Österreich ein halbes Jahr lang, das ist die Mindestdauer, gespeichert. Bures hat sich von Anfang an für eine Mindestumsetzung der Richtlinie mit größtmöglichem Rechtsschutz eingesetzt. Die Daten dürfen nur nach ei-

nem richterlichen Beschluss verwendet werden.

Gespeichert werden müssen Telefon-, E-Mail- und Internet-Verbindungsdaten sowie Standortdaten zur Ermittlung und Verfolgung von schweren Straftaten, also Delikten, die mit mindestens einem Jahr Haft bedroht sind. Die Ausnahmen: IP-Adressen dürfen auf begründete Anordnung eines Staatsanwalts auch bei Delikten mit Strafraum unter einem Jahr Haft abgefragt werden, was den Kampf gegen Kinderpornografie erleichtern soll. Auch für die Abwehr von Gefahren gilt erleichterter Zugriff, etwa bei Entführungen. Wenn Daten eingeholt wurden, müssen die Behörden die betroffenen Personen darüber informieren. ♦

BUNDESHEER

Umfrage: Österreichs Jugend gegen Zwangsdienst

Immer deutlicher zeigt sich, dass die SPÖ mit ihren Reformvorhaben für das Bundesheer im Interesse der Jugendlichen handelt.

picturedesk



Sechs mal 200 Euro pro Monat: Mit der Wehrpflicht verlieren junge Menschen viel Geld und somit Lebensqualität.

Mit ihrem Einsatz für die Einführung eines Freiwilligenheeres und dem damit einhergehenden Ende der Wehrpflicht stellt sich die SPÖ klar hinter Österreichs Jugendliche. Wie wichtig den Jungen das Thema ist, zeigt sich auch an einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts SORA: 55

Prozent der 16- bis 29-Jährigen sind für die Umstellung auf ein professionelles Freiwilligenheer. Beinahe die Hälfte lehnt die Wehrpflicht ab und fordert ihr Ende. Spannend ist auch, dass sich nur ein Drittel der Angehörigen dieser Altersgruppe wirklich für die Beibehaltung des Zwangsdienstes ausspricht. Als Hauptargument für die Um-

„Mit der Wehrpflicht ist ein riesiger Verlust an Lebensqualität verbunden.“

**Christoph Peschek,
Vorsitzender der FSG-Jugend Wien**

stellung wird von den Befragten ins Treffen geführt, dass Freiwillige mehr Motivation und Professionalität ins Österreichische Bundesheer bringen als zwangsverpflichtete Präsenzdienster.

Verlust an Lebensqualität

Dass die sechs Monate Dienst beim Bundesheer auch negative Auswirkungen auf die Lebensqualität unserer Jugendlichen haben, verdeutlicht der Wiener FSG-Jugend-Vorsitzende Christoph Peschek an einem Beispiel: „Ein junger Arbeitnehmer verdient beispielsweise im dritten Lehrjahr etwa 850 Euro und als Einstiegsgehalt etwa 1.300 Euro. Dem steht beim Bundesheer ein monatliches Einkommen als Präsenzdienster von knapp 200 Euro entgegen. Das heißt: Mit der Wehrpflicht ist ein riesiger Verlust an Lebensqualität verbunden und viele tappen in die Schuldenfalle.“ ♦

ZUM THEMA

Systemerhalter – Unsere Burschen als Kellner, Köche und Musiker

Geht man der Frage nach, welchen Beschäftigungen Österreichs junge Männer eigentlich beim Bundesheer nachgehen, kommt man zu verblüffenden Antworten. Mehr als die Hälfte der Präsenzdienster werden nicht als Soldaten, sondern als Systemerhalter eingesetzt. Eine parlamentarische Anfragebeantwortung förderte beispielsweise zu Tage, dass vergangenes Jahr 5.562 Präsenzdienster als Kraftfahrer eingesetzt wurden. An dritter Stelle rangieren schon die sogenannten Ordonnanzen. Hinter dem Begriff verbergen sich 2.105 junge Österreicher, die schlicht als Kellner in Offiziers- und Unteroffizierskasinos eingesetzt sind.

Mehr Erhalter – weniger Soldaten

Und die Zahl der Systemerhalter ist im Steigen begriffen. Von 2007 bis 2010 stieg die Zahl der Kasino-Kellner von 1.735 auf besagte 2.105. Bei den Musikern zeigt sich ein ähnlicher Trend: Kam man 2007 noch mit 272 Trompetern, Posaunisten und Hornisten aus, brauchte man 2010 schon 307. Die Zahl der als Soldaten verwendeten Präsenzdienster sank im selben Zeitraum hingegen. 2007 wurden beispielsweise noch 2.298 Grundwehrdienster als Jäger (Infanteristen) ausgebildet, im Vorjahr waren es nur noch 1.342.

Systemerhalter im Bundesheer 2010 (in Auszügen):

» 5.562 Kraftfahrer
» 2.105 Ordonnanzen (Kellner in Offiziers- und Unteroffizierskasinos)
» 1.389 Köche
» 832 Wirtschaftsgehilfen
» 817 Schreiber
» 307 Militärmusiker
» 70 Maler

PATIENTENSICHERHEIT

Elektronische Gesundheitsakte kommt

Gesundheitsminister Alois Stöger schickt ein Gesetz zur Einführung der Elektronischen Gesundheitsakte (ELGA) in Begutachtung. Mit ELGA sollen Befunde und gesundheitsrelevante Dokumente gespeichert und für Patienten und Ärzte abrufbar sein. Der Datenschutz hat dabei höchste Priorität.

Bilderbox



Die ELGA bietet viele Vorteile für Patientinnen und Patienten: mehr Sicherheit und bessere Behandlungsqualität.

Als erster großer ELGA-Bereich startet mit 1. April die E-Medikation in drei Pilotprojekten. Mit der E-Medikation können sowohl der Apotheker als auch der Arzt und das Krankenhaus sehen, welche Medikamente ein Patient schon einnimmt. Damit können über die E-Card mögliche Mehrfachverordnungen und Wechselwirkungen nach Eingabe in den Computer sofort auf dem Bildschirm des Arztes angezeigt werden. Nach der Evaluierung soll die E-Medikation auf ganz Österreich ausgeweitet werden.

Entscheidung liegt beim Patienten

In der ELGA sollen in Zukunft alle Dokumente und Befunde, die für die Behandlung des Patienten erforderlich sind, ge-

speichert werden – also Labor- und Radiologiebefunde sowie Medikationsdaten. Diese Daten werden nach festgelegten Fristen gelöscht. Die Patienten können jederzeit sehen, wer wann auf ihre Daten zugegriffen hat. Die Teilnahme gilt zwar grundsätzlich für alle Patienten in Österreich, der Patient kann aber jederzeit der Speicherung seiner Daten – für das gesamte System oder nur Teile davon, etwa einzelne Befunde – widersprechen. „Es entscheidet immer der Patient“, versichert Gesundheitsminister Stöger. Auf die Daten zugreifen dürfen Gesundheitsanbieter ausschließlich zur Behandlung von Patienten und wenn der Patient zustimmt – nicht von sich aus. Die Patientinnen und Patienten selbst sollen auch über das Internet auf ihre eigenen Daten zugreifen können. Ein Beschluss des Gesetzes ist bis zum Sommer geplant. ♦

AUFSICHTSRÄTE

Quoten in Sicht!

Frauenquoten in Aufsichtsräten von staatsnahen Betrieben könnten bald Realität werden. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek peilt eine Einigung im kommenden Monat an.

Die Verhandlungen zwischen Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner lassen sich gut an. Die Frauenministerin hatte vor zwei Wochen eine neuerliche Initiative für Frauenquoten gestartet. Will man, dass mehr Frauen in Spitzenfunktionen aufsteigen, braucht es Quoten, ist sich Heinisch-Hosek sicher – und mit dieser Überzeugung nicht alleine. Norwegen war Pionier, Spanien, die Niederlande, Island und Frankreich zogen nach – und in ganz Europa wird über die Frauenquote diskutiert. Auch EU-Kommissarin Viviane Reding sprach sich klar für eine Quote aus und fand in EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier einen Mitstreiter. 40 Prozent Frauen sollen nach Vorstellung der EU-Kommission in den näch-

sten zehn Jahren in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen anzutreffen sein. Nachdem die ÖVP-Frauen in Sachen Quoten nachzogen und sich diese vorstellen können, hat auch Mitterlehner angekündigt, dass er Frauenquoten ab 2013 anpeile – ein Schwenk in der ÖVP-Frauenpolitik. Seine Begründung lautete, dass „man mit reiner Freiwilligkeit nichts bewirkt“.

Heinisch-Hosek, die sich ab 2018 eine Quote von 40 Prozent wünscht, kann sich auch Sanktionen vorstellen. „Zuerst geben wir der Wirtschaft noch eine letzte Chance zur Selbstverpflichtung, aber wenn das nicht klappt, möchte ich ab 2014 die gesetzliche Quote.“ ♦

Wenn sich bis 2014 nichts verbessert, soll eine gesetzliche Quote kommen. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek:
„Eine solche ist zwar unelegant, aber wirksam.“



Lehmann

VERKEHRSSICHERHEIT

Mehr Schutz für Kinder und Radfahrer

Verkehrsministerin Doris Bures hat ihr drittes Verkehrssicherheitspaket präsentiert. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen dabei die schwächsten Verkehrsteilnehmer, allen voran Radfahrer und Kinder.

Österreich soll 2020 in puncto Verkehrssicherheit zu den besten Ländern Europas gehören. Dafür werden, nachdem der Schwerpunkt bei der Verkehrssicherheit bisher auf dem Autoverkehr lag, nun die schwächsten Verkehrsteilnehmer ins Zentrum gerückt: Radfahrer, Kinder, Fußgänger. Im neuen Verkehrssicherheitsprogramm, das 250 Maßnahmen enthält, wird ihnen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Der erste Schritt ist die Einführung der Radhelmpflicht für Kinder unter zehn Jahren auf allen öffentlichen Straßen. „Jedes zweite bei einem Radunfall verletzte Kind unter zehn Jahren erleidet dabei eine Kopfverletzung“, erklärt die Verkehrsministerin. Fahren mit Helm könnte in Zukunft jährlich 900 Kinder davor bewahren. Vorerst will Bures Verstöße gegen die Verletzung der Helmpflicht nicht sanktionieren – analog zur Einführung der Motorradhelmpflicht in den 1970er Jahren. „Kinder zu schützen, menschliches

Leid zu verhindern, hat im Verkehr oberste Priorität“, sagt auch SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl.

Zahl der Verkehrstoten nochmals halbieren

Weiters wird die Benutzungspflicht von Radwegen flexibilisiert und Fahrradstraßen, ähnlich den Spielstraßen, werden eingeführt. Als weitere Maßnahme steht Bewusstseins-schärfung für die schwächeren Verkehrsteilnehmer auf dem Programm. Die bisherigen Maßnahmen der letzten beiden Jahre für mehr Verkehrssicherheit wie z.B. strengere Strafen für Raser zeigen heute Wirkung. Insgesamt konnte die Zahl der Verkehrstoten von 2002 bis 2010 fast halbiert werden. Das Ziel der Maßnahmen des neuen Verkehrssicherheitsprogramms 2011-2020 ist die erneute Halbierung der Zahl der Verkehrstoten. ♦



Fotolia

Die Radhelmpflicht soll helfen, schwerwiegende Unfallfolgen zu verhindern.

EUROPA

Kampf gegen Gewalt an Frauen

Als jüngst wiedergewählte Präsidentin des Unterausschusses „Gewalt gegen Frauen“ im Europarat fordert SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm eine rechtlich bindende Konvention.



Fotolia

SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm will, dass sich Europa auch rechtlich zum Kampf gegen Gewalt an Frauen bekennt.

Mein Ziel ist es, dass sich die gesamte europäische Staaten- und Wertegemeinschaft in Form einer Konvention zum Kampf gegen Gewalt an Frauen bekennt. Und zwar rechtlich bindend“, so Wurm, die auch Vorsitzende des Gleichbehandlungsausschusses im Europarat ist. Mit der Verabschiedung des Gewaltschutzgesetzes war Österreich 1997 Vorbild für ganz Europa. „Ich freue mich, dass ich als Österreicherin und Mitglied des Europarates unser

Know-how im Kampf gegen Gewalt an Frauen einbringen kann“, bekräftigte Wurm. Die SPÖ-Frauensprecherin will sich auch weiterhin mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass häusliche Gewalt in ganz Europa enttabuisiert und sanktioniert wird, um nicht zuletzt das „Schweigen zu den tagtäglichen Verletzungen der Menschenwürde“ zu brechen. ♦

JUSTIZ

Prozess gegen Tierschützer ist unverhältnismäßig

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim übt scharfe Kritik an der Prozessführung im sogenannten „Tierschützerprozess“.

Der Prozess in Wiener Neustadt dauert bereits 70 Verhandlungstage und verschlingt pro Tag 3.500 Euro Verteidigerkosten. Für Jarolim ist die Länge und Vehemenz des Prozesses völlig unverhältnismäßig. „Es geht nicht an, dass in Fällen möglicher überzogener Tierschutzmaßnahmen mit derselben Vehemenz vorgegangen wird, wie bei schwer mafiöser Verdachtslage“, so Jarolim. Es sei eine straffe Prozessführung notwendig, damit die Angeklagten nicht in den finanziellen Ruin getrieben werden. Jarolim ist außerdem bestürzt über die Verfahrensführung. So wird das Fragerecht der Verteidigung mit Füßen getreten. Jarolim kritisiert, dass die Justizministerin als Weisungsspitze nicht eingreift und fordert die Einführung eines Bundesstaatsanwalts, der dem Parlament verpflichtet ist. ♦

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim und Univ.-Prof. Bernd Christian Funk fordern Bundesstaatsanwalt



SPÖ-Parlamentsklub

Mit Austro-Keynesianismus durch den Ölpreisschock



Österreich erwies sich in Zeiten der weltweiten Ölpreisschock-Rezession als eine „Insel der Seligen“, geprägt von Vollbeschäftigung und durch staatliche Investitionen angekurbeltem Wirtschaftswachstum.

„Wir haben Defizite in Kauf genommen, um zukunftsgerichtet Investitionen zu tätigen.“

Ex-Finanzminister Hannes Androsch

Die Basis des sozialdemokratischen Erfolgs waren das Wirtschaftsprogramm der SPÖ, das Finanzierungskonzept und die enge Zusammenarbeit zwischen Regierung und Sozialpartnern. Für Ersteres war Ernst Eugen Veselsky verantwortlich, der unter Kreisky Finanzstaatssekretär wurde, für das Finanzierungskonzept Hannes Androsch, später Finanzminister. Der Kontaktmann zu den Sozialpartnern war Josef Staribacher, der Kreisky während dessen gesamter Kanzlerschaft von 1970 bis 1983 als Handelsminister begleitete.

Kreisky schätzte die Meinung von Experten und stellte auch in grundsätzlichen Wirtschaftsfragen den Dialog an die erste Stelle. „Kreisky selbst hat in abendlichen Gesprächen die Meinung von Ökonomen – und zwar nicht nur der Partei nahestehenden – eingeholt“, erinnert sich der Wirtschaftswissenschaftler Hans Seidl, in der letzten Regierung Kreisky von 1981 bis 1983 Finanzstaatssekretär. Drei Kernelemente hatte die SPÖ-Wirtschaftspolitik: staatliche Investitionen, starke Sozialpartner und stabile Währung, für die sich vor allem Hannes Androsch und Nationalbankpräsident Stefan Koren einsetzten. Der „policy mix“ der siebziger Jahre – der Begriff Austro-Keynesianismus hat sich dafür eingebürgert – fand auch international Beachtung und Anerkennung. Hans Seidl wurde sogar eingeladen, im US-Kongress darüber zu referieren. Entscheidendes Kennzeichen der österreichischen Wirtschaftspolitik war, dass es gleichzeitig gelang, den Kostenauftrieb, der von den beiden Erdölkrisen ausging, in den Griff zu bekommen, ohne die Vollbeschäftigung preiszugeben. Vielzitiert ist in diesem Zusammenhang die Aussage Kreiskys, wonach ihm ein höheres Defizit weniger



**Bruno Kreisky und Hannes Androsch waren die Architekten eines international beachteten „policy mix“ in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.
(Foto: Bei einer Regierungsklausur am Kahlenberg, 1977)**

schlaflose Nächte bereiten würde, „als ein paar hunderttausend Arbeitslose mehr“.

Die Legende von den Kreisky-Schulden

Annähernd unausrottbar scheint zu sein, dass, wie die ÖVP gerne behauptet, noch heute die Kreisky-Schulden bezahlt werden müssen – eine Legende, die blanker Unsinn ist. Der Politologe Emmerich Tálos meint in dem Zusammenhang, die hohe Staatsverschuldung unter Kreisky sei ein „Märchen, das nicht vergehen will“. Tatsächlich wurde investiert, um Arbeitsplätze zu erhalten, um sie zu schaffen, um Österreich zu modernisieren und um die Infrastruktur auszubauen – ein Bonus, von dem heute noch profitiert wird. Der damalige Finanzminister Hannes Androsch dazu: „Damals haben wir Defizite in Kauf genommen, um zukunftsgerichtet Investitionen zu tätigen, es waren nie mehr als 60.000 Menschen arbeitslos gemeldet.“

Fakt ist: Die Budgets von 1970 bis 1974 wiesen sogar einen Überschuss auf, der für die Konjunktur- und Reformpolitik einge-

setzt wurde. Nach dem ersten Ölpreisschock wurde Deficit-Spending betrieben, um die Folgen der Rezession abzufedern und den sozialen Frieden zu bewahren. Während der gesamten Ära Kreisky lag die Staatsschuld nach Maastricht-Definition unter dem EU-Niveau. SPÖ-Wirtschaftsprecher Christoph Matznetter stellt fest: „Tatsächlich ist der absolute Schuldenzuwachs unter Schüssel und Grassner höher als in zwölf Jahren sozialdemokratischer Regierungszeit unter Kreisky.“ Matznetter rechnete vor, dass Schüssel während seiner Regierungszeit, also eingerechnet seiner Minister- und Vizekanzlerzeit, 86,5 Milliarden Euro an Schulden zugestimmt habe. „Der Zuwachs der Schulden um 28 Milliarden Euro, den Schüssel als Regierungschef zu verantworten hat, ist höher als der gesamte Schuldenstand, den Bruno Kreisky als Regierungschef (26,8 Milliarden Euro) zurückgelassen hat“, so Matznetter. ♦

IM NÄCHSTEN HEFT

Kreisky und die Frauenbewegung

Roman

Fremdes Land

Thomas Sautner beschreibt in seinem Roman die Vision einer Scheindemokratie in Zeiten des Sicherheitswahns. Seine Stilmittel: schwarzer Humor, böser Witz und bissige Satire.

Jack Blind glaubt, die Welt verändern zu können. Als Stabschef einer neuen Regierung wähnt er sich an den Hebeln der Macht. Tatsächlich hält Gräfin Juno, eine ebenso elegante wie kluge Frau, als Spitzenbeamtin alle Fäden in der Hand. Sie ist es auch, die einem ausgefuchsten Lobbyisten, der nur „Der Vertreter“ genannt wird, Zugang zum Präsidenten verschafft. So wird Jack unbemerkt zur Spielfigur in einem System, in dem der Einzelne nur noch als

Konsument zählt. Freiheit, Anstand und Selbstbestimmung sind bloß noch Schlagworte. Jacks Schwester versucht ihm die Augen zu öffnen. Doch er hält an der herrschenden Politik fest. Sie bekommt immer mehr Schwierigkeiten mit dem System, da sie sich gegen Überwachung und Bevormundung auflehnt.

Voller Atmosphäre und aktueller Anspielungen malt Thomas Sautner ein Bild der nahen Zukunft, das aufrüttelt. ♦

Wirtschaft

Wie wir neues Wachstum schaffen

In seinem Buch zeigt der ehemalige britische Premierminister Gordon Brown, wie es ihm gelang, sein Land durch die Turbulenzen zu steuern und zeigt Perspektiven für die Zukunft auf.

Als Schatzkanzler sorgte Gordon Brown für die längste Wachstumsperiode in der Geschichte des Landes. Während des Höhepunkts der Finanzkrise war er britischer Premierminister. Seine erfolgreichen Rettungsmaßnahmen waren international wegweisend. „Ich möchte die Geschichte einer Bankenkrise schildern, die in eine Industrie-, Handels- und Beschäftigungskrise überging und mittlerweile als Staatsverschuldungskrise gilt, die in Wirklichkeit

aber weitaus gravierender ist und eine Krise der Globalisierung darstellt.“ Neben seinen persönlichen Erinnerungen an die politischen Ereignisse legt Brown in einer Analyse auch dar, was wir aus der Krise lernen können. Er sieht sein Buch als einen Beitrag, um die Zusammenarbeit zwischen den Nationen zu intensivieren, da dies der einzige Weg ist, ein verlorenes Jahrzehnt mit schwachem Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit und Armut zu vermeiden. ♦

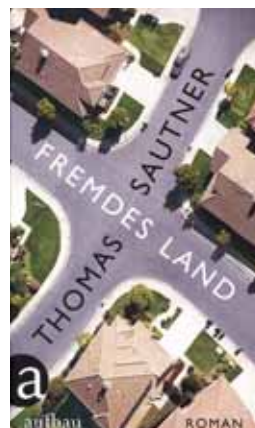
Sachbuch

Risiko-Kapitalismus

Werner Seppmann analysiert in seinem aktuellen Buch die Mechanismen, die zur aktuellen Krise geführt haben, und zeigt Widerstandsperspektiven auf.

Der Kapitalismus ist in ein neues, sozial-destruktives Entwicklungsstadium getreten. Trotz ungebrochener Reichtumsproduktion wird die soziale Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer. Elend und Bedürftigkeit greifen auch in den Metropolengesellschaften stetig um sich. Ebenso skandalöse öffentliche Armutsformen: Schulen verfallen, Kultureinrichtungen sind bedroht, lebenswichtige Infrastrukturbereiche befinden sich in ei-

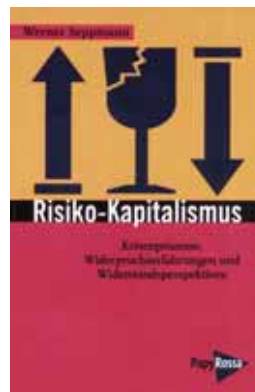
nem jämmerlichen Zustand. Die sozialen Rückentwicklungen sind dabei keine Entgleisungen. Auch zivilisatorische Verfallsprozesse werden von den neoliberalistischen Umgestaltungsstrategien billigend in Kauf genommen. Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise hat den abhängig Arbeitenden weitere Opfer aufgebürdet. Dabei drängt sich die Frage auf, welche Widerstandsperspektiven trotz alledem existieren. ♦

☐ Stk.


Thomas Sautner:

Fremdes Land.Aufbau Verlag, Berlin 2010;
250 S., 20,60 €
☐ Stk.


Gordon Brown

Was folgt – Wie wir weltweit neues Wachstum schaffen.Campus Verlag, Frankfurt 2011;
375 S., 25,60 €
☐ Stk.


Werner Seppmann:

Risiko-Kapitalismus – Krisenprozesse.PapyRossa Verlag, Köln 2011;
272 S., 18,40 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße****1014 Wien, Löwelstraße 18****Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at**

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WIEN

„VOLLFAN statt voll fett“



Mit der Frühjahrssaison startet ein neues Suchtpräventionsprogramm, das junge Fußballfans zu einem verantwortlichen Umgang mit Alkohol anregen soll.

Das neue Projekt des Instituts für Suchtprävention und der Sucht- und Drogenkoordination Wien wurde kürzlich gemeinsam mit den Hauptprojektpartnern FK Austria Wien und SK Rapid Wien angepiffen. Unter dem Motto „VOLLFAN statt voll fett“ werden Jugendliche bei Heimspielen der beiden Wiener Fußballvereine mit verschiedenen Maßnahmen angesprochen, um sie zur Auseinandersetzung mit dem eigenen Alkoholkonsum zu motivieren. Auch eine Facebook-Kampagne ist Teil des Projekts. Speziell ausgebildete Jugendliche, die aus den jeweiligen Fan-Szenen kommen, sind in

die Aktion eingebunden und sollen das Gespräch mit ihren Altersgenossen suchen. Im Stadion wird rund ums Spiel außerdem ein Rahmenprogramm mit Mitmach-Aktivitäten angeboten: Ein VOLLFAN-Toto, bei dem es Fan-Schals zu gewinnen gibt, soll das Wissen über die Auswirkungen von Alkohol steigern. Rausch-Brillen kommen zum Einsatz, um Alkoholeinfluss zu simulieren und den Fans so zu verdeutlichen, wie sehr Alkoholkonsum die Wahrnehmung einschränken kann.

Problembewusstsein schaffen

Das Wiener Präventions-Projekt läuft bis Oktober 2011 und gliedert sich in drei Phasen: In der ersten Phase soll Problembewusstsein geschaffen werden, in Phase zwei liegt der Schwerpunkt auf dem eigenen Konsum der Jugendlichen,

Mitmachprojekte werden gestartet. In einer dritten Phase sollen die Fans zu einer Verhaltensänderung motiviert werden, um langfristig eine Reduktion des Alkoholkonsums in den Stadien zu erreichen. ♦



PID/Schaub-Walzer

Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely mit den Rapidlern (v.li.n.re.) Steffen Hoffmann und Mario Sonnleitner sowie Julian Baumgartlinger und Manuel Ortlehner (beide FK Austria-Wien) beim „Anpiff“ des Präventionsprojektes.

ARBEITERFISCHER

Mehr Schutz für frei fließende Gewässer



Arbeiterfischer-Präsident Günther Kräuter appelliert an Umweltminister Berlakovich, der Naturzerstörung durch Kleinkraftwerke entgegenzutreten.

Anlässlich der Eröffnung der „Jaspowa&Fischerei“, einer internationalen Messe für Jagd und Fischerei in Wien, sagte Kräuter, dass der Ausbau erneuerbarer Energiegewinnung zwar in bestimmten Bereichen sinnvoll sei. „Der hemmungslosen und kurzsichtigen Zerstörung von verbliebenen naturbelassenen Flüssen und Bächen durch die Kleinkraftwerke-Industrie muss aber Einhalt geboten werden“, so der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. Eine Umweltpolitik, die Gewässer schützen will, sollte den Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie in den Vordergrund stellen, betonte Kräuter bei der Fischereimesse. Außerdem forderte Kräuter ein österreichweit einheitliches Vorgehen gegen die Bedrohung der Fischfauna durch im Winter aus dem Norden Europa einfliegende Kormoranschwärme. ♦



Fotolia

Die Arbeiterfischer setzen sich für den Schutz von naturbelassenen Flüssen ein.

Günther Kräuter (2.v.l.) mit dem Wiener Landesjägermeister Günther Sallaberger, Umweltminister Nikolaus Berlakovich und NÖ-Landesjägermeister Christian Konrad (v.l.n.r.).



Jaspowa

KÄRNTEN

Breite Unterstützung für das Bildungsvolksbegehren



Die SPÖ Kärnten warb mit einem Aktionstag für das Bildungsvolksbegehren und erhielt dafür großen Zuspruch aus der Bevölkerung.

In allen Bezirken waren SPÖ-Funktionäre unterwegs, um die Bevölkerung mit Bodenzeitungen und Info-Postkarten aufzuklären und vom Bildungsvolksbegehren zu überzeugen. Landespartei-vorsitzender LH-Stv. Peter Kaiser war gemeinsam mit SPÖ-Vizebürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz und SPÖ-Stadtrat Jürgen Pfeiler am Alten Platz in Klagenfurt im Einsatz. „Hunderte Menschen haben uns ermuntert, den Bildungsreformzug nicht von anderen politischen Bewegungen stoppen zu lassen und uns zugesichert, das Volksbegehren zu unterschreiben und zu bewerben“, zeigte sich Kaiser über den

Zuspruch seitens der Bevölkerung beim Aktionstag in Klagenfurt erfreut. Kaiser betonte, dass die SPÖ für die beste Aus- und Schulbildung für unsere Kinder und Jugendlichen eintrete. „Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft und wir haben

es in der Hand, den Schlüssel in die richtige Richtung umzudrehen und die Türe für eine bessere Zukunft für nachkommende Generationen aufzustoßen“, so Kaiser.



LH-Stv. Peter Kaiser, Vizebürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz und Stadtrat Jürgen Pfeiler unterstützen das Bildungsvolksbegehren.

Flächendeckende Bildungsgärten

Bildungsvolksbegehren

Als wesentlichste Forderungen im Bildungsbereich nannte Kaiser flächendeckende Kindergärten als Bildungsgärten, eine gemeinsame Schule sowie zumindest in jedem Bezirk eine Ganztagschule. Angespornt von der großen Zustimmung kündigte Kaiser weitere Aktionen seitens der SPÖ Kärnten an, um das Bildungsvolksbegehren zu unterstützen. „Nach der jahrelangen Verweigerungspolitik der ÖVP ist das Bildungsvolksbegehren der von vielen Menschen lang ersehnte zündende Funke, um den Bildungsmotor durchzustarten“, sagte Kaiser. ♦

NIEDERÖSTERREICH

Pfingstlager: 100 Jahre Kinderfreunde



Von 11. bis 13. Juni 2011 findet in Ybbs an der Donau das Jubiläumspingstlager anlässlich 100 Jahre Kinderfreunde Niederösterreich statt. Spiel, Spaß und Sport stehen dabei traditionell auf dem Programm.

Der pädagogische Schwerpunkt des Zelt-Camps steht unter dem Motto „Die Kraft des Wassers“. In verschiedenen Gruppen haben die Kinder dabei die Möglichkeit, sich eigenständig mit diesem Thema zu beschäftigen. Außerdem sorgen viele Programm-Höhepunkte für garantierte Kurzweile: Große Beginn- und Abschlusskundgebung, Fackelzug, Besuch des Donaukraftwerks Ybbs an der Donau, Workshops inklusive Einblicken in die Arbeit von Wasserrettung und Feuerwehr. Außerdem gibt es einen Fun-Park, Hüpfburgen, Spielbusse, Spiele, Lagerfeuer, Kasperltheater und vieles mehr. Die An-

meldung ist ab sofort über die Landessekretariate der Kinderfreunde möglich. ♦

Das Pfingstlager der Kinderfreunde bietet ein umfangreiches Angebot an spannenden Aktivitäten.



Fotolia

SALZBURG

Millionenprojekte in Schwarzach sichern Arbeitsplätze



Eine Neugestaltung des Marktzentrums, der Neubau des Kinderspitals und der Ausbau der Kinderbetreuung kurbeln die regionale Wirtschaft an.

„Schwarzach ist mit zahlreichen Großprojekten einer der größten Wirtschaftsmotoren für den Pongau. Alleine die Neugestaltung des Marktzentrums und der Neubau des Kinderspitals haben ein Investitionsvolumen von mehr als 50 Millionen Euro“, betont Landeshauptfrau Gabi Burgstaller. Darüber hinaus werden in Schwarzach viele Initiativen im Bereich der Kinderbetreuung und der Förderung von Vereinen, insbesondere bei den Sportvereinen, gesetzt, freut sich Bürgermeister Andreas Haitzer. Der Bürgermeister setzt sich mit

Burgstaller zudem dafür ein, dass Schwarzach ein Nordisches Nachwuchszentrum bekommt. „Für die Salzburger Talente im nordischen Bereich ist das eine einmalige Chance“, so Haitzer. ♦

LH Gabi Burgstaller und Bgm. Andreas Haitzer freuen sich über die Neugestaltung des Marktzentrums in Schwarzach.

SPÖ Salzburg





Kaufmann

Ohne Quoten wird es nicht gehen

Lässt man die letzten 100 Jahre Revue passieren, wird klar, dass nur gesetzliche Vorgaben und Quoten den Frauen die chancengleiche Teilhabe an Politik und Beruf bringen werden.



Fotolia

In Österreich ist nicht einmal jedes zehnte Aufsichtsratsmitglied eine Frau. Das muss sich ändern.

Ein geflügeltes Wort Max Webers, des Vaters der Sozialwissenschaften, lautet, dass die Politik ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern sei. Ich sehe das auch bei der Frauenpolitik so, nur dass Frauen besonders lange und hartnäckig bohren müssen, um etwas zu erreichen.

Am 8. März feiern wir das 100-jährige Jubiläum des Frauentags. Diese 100 Jahre haben gezeigt, dass sehr viel weitergegangen ist – aber auch, dass noch immer viel zu tun ist.

Erreicht werden konnte, dass Frauen und Männer im Gesetz formal gleichgestellt sind. Es gibt kein Oberhaupt der Familie mehr, Frauen müssen ihre Männer nicht fragen, ob sie überhaupt berufstätig sein dürfen und es ist auch nicht die Unterschrift des geschiedenen Vaters des Kindes nötig, um etwa einen Pass für das Kind zu beantragen oder es in einer Schule anzumelden.

Es gibt keine unterschiedlichen Frauen- und Männerlöhne in den Kollektivverträgen mehr und das Geld, das Frauen verdienen, wird durch die Individualbesteuerung bezogen auf das jeweilige Gehalt und nicht bloß als Teil des Haushaltseinkommens besteuert. Die Fristenlösung ist ein Meilenstein, für den besonders intensiv gekämpft werden musste, mit den Gewaltschutzgesetzen konnten wir eine Vorbildwirkung in Europa erzielen und die Ermöglichung der Väterkarenz ist ein richtiger und wichtiger Weg, der weiter ausgebaut werden muss, will man, dass es selbstverständlich wird, dass sich Frauen und Männer zu gleichen Teilen an der Familienarbeit beteiligen.

Ja, es ist viel passiert seit jenem ersten Frauentag im März 1911. Und trotzdem sind gerade die Frauentagsforderungen der ersten Stunde noch nicht erfüllt. Nämlich die volle und chancengleiche Teilhabe der Frauen an Politik und Beruf. Zwar haben die

„Nur mit gutem Zureden allein wird sich kaum oder nur sehr langsam etwas für Frauen verbessern lassen.“

Frauen seit 1918 das Wahlrecht, aber von einer 50-prozentigen Repräsentanz der Frauen in politischen Gremien – also Regierung, Parlament, Landtag, Gemeinderat etc. – sind wir noch weit entfernt. Ebenso schließen bereits mehr junge Frauen als Männer ihre Ausbildung mit einem Studium ab – aber in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen befinden sich weniger als zehn Prozent Frauen. Und die durchschnittliche Einkommensschere zwischen Frauen und Männern in allen beruflichen Positionen beträgt bei gleicher Qualifikation und Vollzeitarbeit 18 Prozent.

Es stellt sich nun die Frage, wie sich das Problem, das ja als solches von allen Parlamentsparteien durchaus erkannt wird, lösen lässt. Und da bin ich überzeugt, dass es ohne gesetzlichen Druck nicht geht – das veranschaulichen die letzten 100 Jahre. Nur mit gutem Zureden allein wird sich kaum oder nur sehr langsam etwas für Frauen verbessern lassen. Das hat der Großteil Europas bereits erkannt und Frauenquoten für Aufsichtsräte von Unternehmen eingeführt. Norwegen war Pionier, inzwischen gibt es sie bereits in Finnland (in öffentlichen Unternehmen), in Island, in den Niederlanden, in Frankreich und in Spanien. Österreich ist Nachzügler – es wird Zeit, dass mit Quoten ein kräftiger Schritt nach vorne getan und ein deutliches Signal für Chancengleichheit gesetzt wird. ♦

Gisela Wurm ist SPÖ-Frauensprecherin im österreichischen Nationalrat, Tiroler SPÖ-Landesfrauenvorsitzende und stv. SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende.

TERMINKALENDER

21. 2. – 15. 3.

Ausstellung

„100 Jahre Frauentag“ – unter diesem Motto wird im Landhaus Bregenz eine Ausstellung präsentiert. Es werden die historische Entwicklung des Festtages und die erreichten Meilensteine der Frauenbewegung in einer bunten Ausstellung dargestellt.

Öffnungszeiten: 8 – 17 Uhr

Landhaus Bregenz,
Eingangshalle

Dienstag 1. 3.

Zeitzeugengespräch

„100 Jahre Internationaler Frauentag – Frauen im Widerstand.“ Aus Anlass dieses Jubiläums lädt das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) zu einer Veranstaltung. Begrüßung und Einleitung erfolgen durch Brigitte Bailer (Wissenschaftliche Leiterin des DÖW). Zu Gast sind Irma Schwager (Zeitzeugin aus dem französischen Widerstand) und das Erste Wiener Lesetheater.

Beginn: 18.30 Uhr

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes

Wipplingerstraße 6–8, 1010 Wien

Mittwoch 2. 3.

Buchpräsentation

Henrik Berggren präsentiert die Biographie „Olof Palme. Vor uns liegen wunderbare Tage.“ Olof Palme war ein Mann der Widersprüche: der Aristokrat, der Sozialist wurde. Der ehemalige Offizier, der zum Abrüster wurde. Der Amerikafreund, der die Regie-

rung der USA angriff. Henrik Berggren (Historiker und Journalist) und Joakim Palme (Direktor des Institute for Future Studies) werden unter der Moderation von Werner Perger (Die Zeit) der Frage nachgehen: „Wer war Olof Palme wirklich?“

Anmeldung:

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

oder Tel. 01 318 82 60-20

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

Armbrustergasse 15, 1190 Wien

Donnerstag 3. 3.

Diskussion

Hakan Gürses und das Kreisky Forum laden zu einer Diskussion zum Thema „Reden über Fremdheit: Zwischen Dämonisierung und Glorifizierung“. Die Veranstaltung findet im Rahmen der Reihe „Diaspora. Erkundung eines Lebensmodelles“, kuratiert von Isolde Charim, statt.

Anmeldung:

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

oder Tel. 01 318 82 60-20

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

Armbrustergasse 15, 1190 Wien

Mittwoch 9. 3.

KMU-Gipfel

Beim 27. Gipfel für klein- und mittelständische Unternehmen zeigen 20 Förderorganisationen, wie man als Unternehmer Geld sparen kann und wo es die richtige Unterstützung gibt. Im Rahmen der Veranstaltung lädt der Junge Wirtschaftsverband Wien anlässlich der ersten 100 Tage rot-grüne Stadtregierung zu einer Podiumsdiskussion,



unter anderem mit Vizebürgermeisterin und Finanzstadträtin Renate Brauner, dem Wiener SPÖ-Wirtschaftssprecher LABg. GR Fritz Strobl und Vizebürgermeisterin und Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou. Moderation: Labg. GR Katharina Schinner, Junger Wirtschaftsverband Wien.

Anmeldung:

andreas.palkovics@wvwien.at oder

Tel. 01/522 47 66-36

Beginn: 19 Uhr

News Tower,

Taborstraße 1-3, 1020 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Ingo Höllinger,

Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Martin Oppenauer,

Mag. Peter Prantl, Mag^a Sophia Schönecker,

Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber

Bildredaktion: Emil Goldberg,

Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: picturedesk

Bildbearbeitung: Max Stohanzl

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: Leykam Druck, Wr. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.mietervereinigung.at

Neue Homepage der Mietervereinigung (MVÖ)

Der Relaunch besticht durch das neue Design und zusätzliche Features, die in gewohnter Qualität präsentiert werden. Zur schnellen und einfachen Vernetzung stehen Buttons von Facebook, Twitter und Co. zur Verfügung.

Besondere Bedeutung kommt dem neu gestalteten Log-in-Bereich unter „MY MVÖ“ zu, der die Einsicht und Verwaltung der eigenen Daten ermöglicht. Hier wur-

den die Sicherheitsbestimmungen erhöht, daher bekommen bestehende Mitglieder ihr neues Passwort per Post zugestellt.

Der gute Service der Homepage ist geblieben: Die umfassende Rechtsdatenbank lädt zur selbstständigen Recherche aller wohnrelevanten Fragen ein und die diversen Kalkulatoren ermöglichen eine schnelle Überprüfung der anfallenden Kosten rund um das Wohnen. ♦





Abschied von Peter Alexander
Tausende Menschen haben am Wiener Zentralfriedhof von Peter Alexander Abschied genommen. Unter den Trauergästen war auch Bundeskanzler Werner Faymann, der sich vor dem Sarg des legendären Entertainers verneigte.

Ministerielle Würdigung

Als bewusstes Zeichen im Vorfeld des 100. Frauentags haben Bildungsministerin Claudia Schmied und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek die Journalistin und Autorin Elfriede Hammerl mit dem Berufstitel „Professorin“ ausgezeichnet. Elfriede Hammerl beschäftigt sich in ihrer Arbeit besonders mit der gesellschaftlichen Situation der Frau.



Musikalischer Willkommensgruß

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer hat vor kurzem mit einer Parlamentarierdelegation Indien besucht. Die Delegation wurde bei einem Empfang in der österreichischen Botschaft von einem Kinderchor musikalisch begrüßt.



Österreichisch-deutsches Vorzeigeprojekt

Das Otto Bock Science Center in Berlin stand unlängst auf dem Besuchsprogramm von Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Das Prothesenherstellungs-Unternehmen Otto Bock gilt als Vorzeigeprojekt österreichisch-deutscher Zusammenarbeit. Im Bild die Installation „Blick unter die Haut“, mit der Venen, Muskeln und Knochen sichtbar gemacht werden.

